

Frankenberger Tageblatt

Begründet 1842.

Bezirks-Anzeiger

70. Jahrgang.

Amtsblatt für die königliche Amtshauptmannschaft Flöha, das königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Frankenberg i. Sa.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Rosberg in Frankenberg i. Sa. — Druck und Verlag von E. W. Rosberg in Frankenberg i. Sa.

Preis: An jedem Wochentag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis vierteljährlich 1 M 50 P, monatlich 50 P. Einzelnummern laufende Monate 5 P, früherer Monate 10 P. **Bestellungen** werden in unserer Geschäftsstelle, von den Boten und Ausgabehelfern, sowie von allen Postanstalten Deutschlands und Oesterreichs angenommen. Nach dem Auslande Versand wöchentlich unter Kreuzband.

Ankündigungen sind rechtzeitig aufzugeben, und zwar größere Inserate bis 9 Uhr vormittags, kleinere bis spätestens 11 Uhr mittags des jeweiligen Ausgabestages. **Für Aufnahme von Anzeigen** an bestimmter Stelle kann eine Garantie nicht übernommen werden. **51. Telegramme:** Tageblatt Frankenberg-Flöha.

Anzeigenpreis: Die 6-gesp. Zeitspalt oder deren Raum 15 P, bei Lokal-Anzeigen 12 P; im amtlichen Teil pro Zeile 40 P; „Eingekauft“ im Redaktionsstempel 35 P. Für schwierigen und tabellarischen Satz Aufschlag, für Wiederholungsabdruck Ermäßigung nach feststehendem Tarif. Für Nachweis und Offerten-Aannahme werden 25 P Extragebühr berechnet. **Inseraten-Aannahme** auch durch alle deutschen Annoncen-Expeditoren.

Handelschule Frankenberg.

Die öffentlichen Osterprüfungen der Handelschüler finden **Mittwoch, den 5. April a. c., nachmittags von 3—5 Uhr** im **Webermeisterhause** statt. Die hohen Behörden, die Herren Chef, die werthen Eltern, sowie sonstige Freunde der Anstalt laßt ergeben ein **der Vorstand der Handelschule.**

Für Schulverwaltungen

halten wir bestens empfohlen: **Zeitur-Tabellen** (für Zeiturhauptbücher) und **geheftete Zeitur-Bücher, Tagebuch** und **Verjämmer-Tabellen, Schüler-Verzeichnisse, Schulentlassungs-Zeugnisse, Stundenpläne**, einzeln und in **Bogenform**, sowie **alle anderen vorschriftsmäßigen Formulare** in sauberer Ausführung und Wahl guter holzfreier Papiere. **C. G. Rosberg in Frankenberg.**

Nationalliberaler Landesverein.

Der Nationalliberale Landesverein für das Königreich Sachsen hielt am Sonntag, den 2. April, in Leipzig seine Jahresversammlung ab. Im großen Saale des Hotels de Hollande fanden sich mittags 12 Uhr die gewählten Vertreter der Vereine zur Landesauswahlversammlung zusammen. Die Beteiligung war außerordentlich stark. Der Vorsitzende, Herr Franz Gontard, begrüßte die Versammlung, insbesondere die Reichstagsabgeordneten Dr. Weber, Dr. Feinze, Dr. Stresemann, Everling und Dr. Friedberg, den Vorsitzenden des Geschäftsführenden Ausschusses der Gesamtpartei, verweist auf die Wichtigkeit der Tagesordnung und sprach die Hoffnung auf ein gedeihliches Zusammenarbeiten aus. Er schloß mit einem Hoch auf Kaiser und Reich.

In Punkt 1. Jahresbericht, nahm Generalsekretär Dr. Westenberg das Wort. Er schilderte die schweren Parteidämpfe, die im letzten Jahre infolge des politischen Szenenwechsels durchzuführen waren, betonte das unumkehrbare Einverständnis mit der Führung der Partei und zeigte dann, wie es trotz des großen Verbrauchs an Kraft und Zeit im politischen Kampfe und trotz der bekannten Streitigkeiten innerhalb der sächsischen Parteiorganisation gelungen sei, mit Organisationsarbeit voranzukommen. Die Zahl der angeschlossenen Vereine beträgt 125 gegen 119 im Vorjahre; dazu kamen 23 neue Ortsgruppen. Die Gesamtzahl der Mitglieder im 1910. Im 21. Reichstagswahlkreis (Annaberg) und im 22. (Reichenbach) wurden Geschäftsstellen eingerichtet. In Dresden gelang es, durch die Bildung von Bezirksvereinen, wozu noch besonders Jagdgesellschaften kamen, eine weitgehende Dezentralisation und dadurch eine Belebung der Parteitätigkeit zu erzielen. In Leipzig kam es zu einer Neuordnung der Vertrauensmännerorganisation, die den Zweck haben soll, für die Landtagswahlen, wie für die Reichstagswahlen eine erhöhte Schlagfertigkeit zu sichern. In mehreren Wahlkreisen, so im 2., 10., 15., 21. und 23., ist der Zusammenschluß zu einheitlicher Organisation mit besonderem Erfolge betrieben worden. Ein von den nationalliberalen Vereinen im 15. Reichstagswahlkreis eingeleiteter, von Herrn Landtagsabgeordneten Claus begründeter Antrag zur Verbesserung der Ausdehnung der Organisation veranlaßte die Wahl eines Obmannesausschusses, dessen Vorschläge Vorstand und Landesauswahl noch beschließen werden. Das „Nationalliberale Vereinsblatt“ wird von 68 Vereinen für ihre Mitglieder bezogen. Die Auflage betrug im ganzen 11 000 Stück. — Redner schloß mit eindringlichen Worten über die Notwendigkeit festen inneren Zusammenschlusses — eine Mahnung, der die Versammlung lebhaft zustimmte.

Es folgte der Rechnungsbericht des Kassensührers, Herrn Dr. Jähnel. Der Kassensführer bedauerte, daß die finanziellen Leistungen der einzelnen Organisationen noch immer hinter dem Bedarf zurückblieben und durch freiwillige Spenden ergänzt werden müßten. Er dankte der opferwilligen Helfern, insbesondere den Jütower Parteifreunden, die dem Landesverein eine „Wassermann-Spende“ in Höhe von 5000 M. zukommen ließen, ferner der Firma Rüdler u. Rießhammer für die Unterstützung zugunsten des „Nationalliberalen Vereinsblattes“. Der Kassensführer wurde ohne Debatte genehmigt.

Nach Erledigung der Rechnungsablage referierte Herr Generalsekretär Dr. Westenberg über die Vorbereitungen zu den Reichstagswahlen. Er schilderte die Situation, unter der die nationalliberale Partei Sachsen in den Kampf zieht. Ein Zusammengehen mit der Rechten sei unmöglich. Auf der anderen Seite befinden immer noch bestimmte Gegensätze zwischen uns und der Fortschrittlichen Volkspartei. Aber es sei anzugeben, daß der gemeinsame Kampf bei der Finanzreform, die gemeinsame Arbeit zumal im Willowschen Block manche Reibungsflächen zwischen den beiden liberalen Parteien beseitigt haben. Der Vorstand des Landesvereins ist deshalb in Verhandlungen mit der Fortschrittlichen Volkspartei eingetreten, damit liberale Doppelkandidaturen nach Möglichkeit vermieden würden. Redner schildert sodann das Resultat dieser Verhandlungen. Den nationalen Arbeitern und dem Bunde der Festbesoldeten komme man bei der Auswahl der

Kandidaturen nach Möglichkeit entgegen. Bedauerlich sei aber das Eingreifen des Bundes der Festbesoldeten bei der Landtagswahlwahl in Leipzig-Land, wo durch die liberale Doppelkandidatur der Liberalismus aus der Stichwahl gefallen sei. Schließlich legte er der Versammlung nachstehende Resolution vor, die vom Vorstande des Landesvereins in der Sitzung, die er unmittelbar vorher abgehalten hatte, angenommen worden war:

„Der Landesauswahlkomitee billigt die Annahme einer Verständigung mit der Fortschrittlichen Volkspartei zur Vermehrung liberaler Doppelkandidaturen und genehmigt die vom Vorstand vorgelegte vorläufige Vereinbarung als Grundlage der Verhandlungen.“

Der Landesauswahlkomitee beauftragt den Vorstand, entschieden auf die Vereitigung noch vorhandener delikater Schwierigkeiten hinzuwirken.

In den letzter aufgestellten nationalliberalen Kandidaturen erklärt der Landesauswahlkomitee seine Zustimmung. Die Rede fand allseitigen lebhaften Beifall. Es folgte eine eingehende Aussprache, in der unter lebhaftem Beifall namentlich Abg. Dr. Friedberg und die Reichstagsabgeordneten Dr. Weber, Everling und Dr. Stresemann für eine Verständigung mit der Fortschrittlichen Volkspartei sich aussprachen. In der heutigen Zeit, wo der Fortschritt in nationalen Fragen entgegen seinen Traditionen sich unserem Standpunkt wesentlich genähert hat, gehören, so führte unter anderem Abg. Dr. Stresemann aus, die liberalen Parteien zusammen im Kampfe gegen diejenigen, die die Aspirationen des Ultramontanismus unterstützen. Die gegenwärtigen gerichtete Resolution der Ortsgruppe Wittenberg ward von einem Vertreter der Ortsgruppe mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückgenommen. Die Resolution des Vorstandes wurde angenommen.

Im Anschluß an die Sitzung des Landesauswahlkomitees fand eine Hauptversammlung statt, in der Reichstagsabgeordneter Dr. Weber über die Arbeiten des Reichstags sprach. Der Redner führte u. a. aus: Die Zustände im Reich seien tief bedauerlich; auf der einen Seite eine Zunahme der Sozialdemokratie, auf der anderen Seite eine große Teilnahmelosigkeit im Bürgerum. Abg. Dr. Weber rechtfertigte die Haltung der nationalliberalen Partei in der Reichsfinanzreform; hätten wir diese schwarz-blaue Reichsfinanzreform gutgeheißen, dann würde die Sozialdemokratie erst recht wachsen, dann würden wir die Verdächtigungen an uns irren geworden sein. Der Sozialdemokratie könnten ihre Waffen nur durch eine großzügige, die breiten Massen erfassende liberale Politik entzogen werden. An positiver Arbeit oder habe es die nationalliberale Partei auch in letzter Zeit niemals fehlen lassen. Sie habe die Reichsversicherungsordnung in der Kommission durchbringen helfen. Sie habe der Reichsversicherungsreform zur Annahme verholfen, und gegen diese Steuer hätten 7 Führer der Konservationen gestimmt, ebenso wie seinerzeit die Führer des Bundes der Landwirte gegen den Zolltarif gestimmt haben. Die Versicherungsordnung wird die nationalliberale Partei auch im Plenum durchbringen helfen, unter Berücksichtigung der berechtigten Wünsche der nichtsozialdemokratischen Krankenkassenbeamten, der Ärzte und der Apotheker. Ebenso wird unsere Partei das Privatbeamtenversicherungsgesetz durchbringen versuchen; die Schiffsabgaben aber werden die sächsischen Nationalliberalen ablehnen. Der Redner kam dann auf die reichslandische Verfassungsfrage zu sprechen. In dem Widerstande der Konservationen gegen die drei Bundesratsstimmen ist der alte Partikularismus zum Ausdruck gekommen, wie er zu Zeiten Leopold von Sachsen geherrscht und dem großen Kanzler Bismarck so oft das Leben schwer gemacht habe. Die Agrar-demagogie wird von der nationalliberalen Partei bekämpft werden wie die Demagogie von links. Aber an den Grundlagen unserer Handels- und Zollpolitik werden wir unbedingt einmütig festhalten trotz aller Anpreisungen von rechts. Ebenso werden wir in der Sozialpolitik fortfahren. Aber mit der Sozialdemokratie haben wir keine Gemeinschaft; einen Block von Hoffmann bis Bebel lehnen wir unbedingt ab. Wir kämpfen für unsere liberale Weltanschauung, gegen den Ultramontanismus und gegen veraltete konserervative Aspirationen. Erst wenn sich die konserervative Partei einmal freigegeben haben wird von der Herrschaft des Bundes der Landwirte, könne wieder von einem Zusammenarbeiten der Nationalliberalen mit ihr die Rede sein. Das Zentrum hat mit den Konservationen schon bestimmte Abmachungen für die Reichstagswahlen getroffen;

es wird für Herrn v. Heydebrand schon im ersten Wahlgange stimmen, damit nur nicht der Nationalliberale in die Stichwahl kommt. Wir werden in Sachsen weder mit den Konservationen, noch mit dem Bunde der Landwirte, noch mit der Sozialdemokratie zusammengehen, sondern nur mit der liberalen Nachbarpartei, damit der Liberalismus den Einfluß in unserm Königreich Sachsen behält, der ihm gebührt. Die sächsische Regierung ist liberalen Ideen vielleicht nicht mehr so abgeneigt, wie zu Zeiten der Regierung Dehnerts. Gehen wir mit Mut und Vertrauen den kommenden Kämpfen entgegen; die Zukunft gehört unserm Liberalismus. (Stürmischer Beifall.) Ohne Debatte wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Hauptversammlung des Nationalliberalen Landesvereins für das Königreich Sachsen erklärt sich mit den Ausführungen des Herrn Reichstagsabgeordneten Dr. Weber über die politische Lage und die Stellung der nationalliberalen Partei einverstanden und spricht der Fügung auf neue ihr volles Vertrauen aus. Sie ist der Überzeugung, daß die feste und entschiedene Betonung des nationalen und liberalen Gedankens sich allseitig am besten vereinbaren lassen wird mit dem Willen zu praktischer, politischer Arbeit für das Wohl des Reiches und die Zukunft unseres Volkes.“

Vom Reichstag.

161. Sitzung am 1. April vormittags 11 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht der Etat der Bälle und Steuern. Zum Schutze und zur Förderung der heimischen Stein-Industrie, insbesondere der Plasterstein-Industrie beim Handelsvertrag mit Schweden liegen mehrere Resolutionen vor.

Abg. Kaemp (Wp.): Wenn es richtig ist, daß 40 Millionen Ueberflus zu sind, dann soll man die schwebenden Auswüchse der Finanzreform beseitigen, die Zehnersteuer und den Schenksteuer. Der Redner richtet Fragen an den Staatssekretär über die Kosten der Veranlagung der Zehnersteuer und den Ort der Ueberflus. — Staatssekretär Bermuth: Ich bitte bringen, alle Vermutungen über den Abschluß unserer Rechnungen für 1910 einzuwickeln zu unterlassen und lieber den unbilligen Abschluß abwarten. Der Staatssekretär beantwortet die Anfragen über die Zollabfertigung und erklärt, daß auf den Handel möglichst Rücksicht genommen werde. Die Zehnerfrage ist Bundesangelegenheit und unterliegt zurzeit gerichtlicher Entscheidung. — Abg. Graf Kautz (kons.): Es wäre von großem Werte, wenn man erfahren könnte, ob die Herren Freisinnigen wirklich Rechnung über den Schutz Zoll überzugehen oder nicht. Der Redner spricht für den Plastersteinsoll. — Die Abgeordneten Ledermann (Frp.), Stoll (Frp.) und Dr. Dahlem (Zent.) führen Bedenken über eine Anwendung der Bestimmungen des Branntweinsteuergesetzes zu Ungunsten der kleinen Brenner. — Abg. Barenholt (Frp.) tritt für Vereinfachung der Zollverwaltung in den Bundesstaaten ein und fragt, ob eine Novelle zum Zehnersteuergesetz beabsichtigt sei. — Die Aussprache über die Bälle schließt. Die Plasterstein-Resolutionen werden angenommen.

Bei der Branntweinsteuer weist Unterstaatssekretär Kühn die sozialdemokratische Behauptung zurück, daß die Interessen der kleinen Brenner absichtlich benachteiligt würden. — Bei der Branntweinsteuer führt Abg. Will (Zent.-umschl.) Beschwerde über die Höhe der Uebergangsabgabe, die für Ueberflus zu drückend sei. — Abg. Speck (Zent.): Der Vordrucker hat nicht im Namen der Zentrumsfraktion gesprochen. (Hört! Hört!) Ich bin um so mehr erfreut über seine Ausnahmestellung, als in jeht gerade Ueberflus mit dem übrigen Reiche gleichgestellt werden will. — Abg. Dr. Bachnick (Wp.): Das kam aus bayrischem Hergen. (Lach: Ueberflus! Ueberflus!) Norddeutschland sollte ebenso gestellt werden, wie Süddeutschland. — Abg. Gotthein (Wp.): Welches Recht für alle! Die Bayern haben alle Ursache, mit der Uebergangsabgabe zufrieden zu sein. — Bei der Reichssteuer von ausländischen Wertpapieren, verhandelt. — Abg. Speck (Zent.) erklärt seine Zustimmung.

Abg. Graf Westarp (kons.) begründet die Resolution. Die Banken tendieren jetzt den zu erneuernden Talon an einen ausländischen Bankier, der sich den erneuerten Zinslosen Stempelfrei einhängen läßt und an die deutsche Bank zurücksendet. — Staatssekretär Bermuth: Auf die Frage, ob eine Änderung des Gesetzes angezogen ist, will ich mich angefaßt der sehr schwerwiegenden wirtschaftlichen Interessen, die von beiden Seiten geltend gemacht werden, nicht erlassen, sondern nur erklären, daß nach meiner Ansicht eine Veränderung der Ausfüllungsbestimmungen nicht gut am Platze ist. Der Staatssekretär bemerkt dann noch auf eine Anregung, daß dem Buchmocherwesen die ernsteste Aufmerksamkeit zugewendet werde. — Abg. Kaemp (Wp.) spricht gegen die Resolution. Sie würde die deutschen Papiere ins Ausland treiben. Schon jetzt bemühen sich die ausländischen Bankiers um die deutsche Kundschaft. — Die Resolution Westarp wird nach weiterer unweilendlicher Debatte gegen die Anke angenommen.

Als Vortrag der Zehnersteuer sind 13 Millionen Mark eingeleitet. — Abg. Dr. Reumann-Doxer (Wp.) hält diese Schätzung für viel zu niedrig. — Staatssekretär Bermuth: Heute tritt die Zehnersteuer in Kraft. Da ich den ganzen Tag hier tätig war, habe ich noch keine Erfahrungen über ihre Wirkung sammeln